

Pressemitteilung 441 / 2010

05.10.2010

Marcel Braumann, Pressesprecher

Kultur

Tel.: 0351 - 4935823

Handy: 0171 - 8983985

Fax: 0351 - 4960384

Neue Konzeption für Entwicklung der Landesbühnen vorlegen!

Klepsch: Kannibalisierung der Kultursparten untereinander Folge faktischer Kulturraum-Kürzung/ Konzept für Landesbühnen fehlt

Zur heutigen Anhörung im Haushaltsausschuss des Landtages zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes erklärt die [stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Annetrin Klepsch, Sprecherin ihrer Fraktion für Soziokultur](#):

Dass die geplante Änderung des Kulturraumgesetzes über das Haushaltsbegleitgesetz des Doppelhaushalts 2011/2012 ein unzulässiger Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung darstellt und das bundesweit gelobte Kulturraumgesetz damit unterlaufen wird, wurde durch die Kultursachverständigen in der Anhörung nochmals bestätigt.

Die Pläne der Staatsregierung, die Kulturräume ab 2011 mit sieben Millionen Euro an der Landeseinrichtung Landesbühnen Radebeul zu beteiligen, führen zur Kannibalisierung der Kultursparten untereinander und einer doppelten Entsolidarisierung durch die Verschiebung finanzieller Mittel zugunsten der Theater und Orchester und auf Kosten der anderen Kultursparten, insbesondere der Projektförderung in der Soziokultur.

Die Staatsregierung muss zur Kenntnis nehmen, dass aufgrund der Haushaltskonsolidierung vieler Kultureinrichtungen in den vergangenen Jahren keinerlei Einsparpotenziale mehr vorhanden sind. Die Folgen treffen vor allem den ländlichen Raum in einer Verarmung der kulturellen Spartenvielfalt, die im deutlichen Kontrast zur Sächsischen Verfassung steht, in der die Förderung der kulturellen Vielfalt verankert ist: „Die Teilnahme an der Kultur in ihrer Vielfalt und am Sport ist dem gesamten Volk zu ermöglichen.“ (§11 Abs. 2)

Ich fordere die Staatsregierung deshalb auf, auf eine Aushöhlung durch das Kulturraumgesetz über das Haushaltsbegleitgesetz zu verzichten und stattdessen eine Konzeption zur langfristigen Entwicklung der Landesbühnen Sachsen vorzulegen.